…ückgemäßer Regierung das ganze Land danach trachten werde, unter den Balkanstaaten als ein politisch beachtenswerter Faktor zu gelten.

„3000 Ziegen und ein Pferd."

In den Papieren des „Unternehmers" des türkischen Putschversuches in Albanien, des verhafteten Majors Bekir-Bei, hat man Telegramme an Großwesir und Minister gefunden, worin er verlangte, daß man ihm „3000 Ziegen und ein Pferd, genügend Schuhe und Ochsen" senden möge. Nach dem Chiffreschlüssel bedeutet dies 8000 Soldaten mit Izzet-Pascha an der Spitze, und genügend Waffen und Munition".

Militärmission und Türkenflotte.

Die Türken suchen nach immer neuen Entschuldigungen und Bemäntelungen für die Enthebung des Marschalls Liman von dem Kommando des 1. türkischen Korps, das jetzt bereits einen andern Befehlshaber erhalten hat. So hat der Konstantinopeler Vertreter der „F. Z." von einer dem Kriegsminister nahestehenden Persönlichkeit sich nochmals versichern lassen, sie sei im Einvernehmen mit Liman selbst aus militärischen Zweckmäßigkeitsgründen erfolgt, und Liman habe ein unbeschränktes Inspektionsrecht. — Jedenfalls hat die Türkei es mit sich selbst auszumachen, wenn die deutschen Militärinstrukteure aus in Wahrheit doch politischen Rücksichten nicht die weitgehenden Befugnisse erhalten haben, die ihnen erst zugesprochen wurden, und in ihrer organisatorischen Tätigkeit gehemmt sind. Eine Verantwortung für etwa künftige türkische Niederlagen ist deshalb von den deutschen Offizieren sogleich von vornherein abzulehnen.

Ferner wird noch aus der türkischen Hauptstadt berichtet: Die heutigen Zeitungen veröffentlichen zwei Erlasse des Kriegsministers. Der erste legt den muselmanischen und christlichen Truppen strenge Erfüllung ihrer religiösen Pflichten auf; denn eine Armee ohne Religion habe keinen Wert. Der zweite Erlaß untersagt den Offizieren bei der Strafe der Entlassung oder Stellung zur Disposition, an öffentlichen Orten zu trinken. — Der „F. Z." zufolge hat die Türkei sich eines weiteren auf einer amerikanischen Werft seiner Vollendung entgegengehenden, für Rechnung Argentiniens erbauten Dreadnoughts versichert.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über die kleinasiatischen Bahnfragen sollen nach der Neujahrspause wieder aufgenommen werden; die beiden technischen Vertreter Frankreichs kehren hierzu im Laufe dieser Woche nach Berlin zurück.

Beschluß der Ersten elsässischen Kammer.

In der Ersten elsässischen Kammer wurde gestern folgende von 18 Abgeordneten eingebrachte Resolution mit 82 gegen 8 Stimmen (Exz. Laband, den Präsidenten der Reichsbahnen und einen General) bei zwei Stimmenthaltungen angenommen:

„Die Erste Kammer beklagt auf das tiefste die Vorkommnisse in Zabern, welche geeignet sind, ein völlig falsches Bild der elsaß-lothringischen Bevölkerung und ganz besonders des Verhältnisses zwischen dem Militär und der Landesbevölkerung hervorzurufen. Ohne irgendwie die in Zabern von Zivilpersonen begangenen Ausschreitungen und die Aufregung der Bevölkerung während Verhalten einzelner Preßorgane zu entschuldigen, ist sie der Ansicht, daß die bedauerlichen Vorgänge vermieden worden wären, wenn das unwürdige, die Bevölkerung verletzende und herausfordernde Benehmen eines jungen Offiziers seitens seiner Vorgesetzten sofort die entsprechende Remedur erhalten und letztere bekanntgegeben worden wäre. Sie ist ferner der Ansicht, daß der militärische Befehlshaber, auch wenn er sich zum selbständigen Eingreifen befugt erachtete, jedenfalls bei der in maßloser, das rechtliche Empfinden verletzender Weise erfolgten Ausführung sich schwere Ueberschreitungen seiner Befugnisse hat zuschulden kommen lassen. Sie ist endlich der Ansicht, daß gegen die Wiederholung solcher Vorgänge eine sichere Garantie gegeben werden muß, insbesondere auch dafür, daß die in Elsaß-Lothringen zu Recht bestehende Gesetzgebung von den in Elsaß-Lothringen garnisonierenden Militärbehörden genau beachtet wird. Die Kammer ersucht die Regierung, an maßgebendster Stelle eine Entscheidung in diesem Sinne herbeizuführen."

Nach Beginn der Debatte hatte der Staatssekretär erklärt, daß nach Ansicht der Regierung durch Nachprüfung der Bestimmungen über den Waffengebrauch keine klare Rechtslage geschaffen werde. Dr. Curtius, Präsident des lutherischen Oberkonsistoriums und früher 16 Jahre Kreisdirektor, der bekanntlich seinerzeit die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe herausgab, führte aus, daß nirgends im Elsaß eine feindselige Gesinnung gegen die Armee vorhanden sei, freilich lasse sich der französische Einschlag in der Kultur Elsaß-Lothringens nicht wie ein Strich von der Schiefertafel wegwischen. Er erhob auch Einspruch gegen die kriegerischen Reden eines Teils der Offiziere. Exz. Laband suchte zwar nachzuweisen, daß die Kabinettsorder von 1820 nicht gegen das Gesetz verstoße, gab aber wenigstens zu, daß Oberst von Reuter sie nicht richtig und nicht umsichtig angewandt habe. Die Auffassung Labands, daß das Parlament nicht darüber zu entscheiden habe, wurde von dem Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander bekämpft. Graf Andlow stellte als ein, wie er hervorhob, in seinen Ideen konservativ gerichteter Mann mit Bedauern fest, daß die konservativen Kreise und ihre Presse in Preußen über Elsaß-Lothringen herfielen und eine Haltung einnähmen, die jedem Rechtsgefühl widerspreche. Staatssekretär Zorn v. Bulach betonte dann noch, auf eine Kritik des Abg. Blumenthal, der Statthalter ernenne und instruiere die Bevollmächtigten zum Bundesrate. Wenn der Reichskanzler im Herrenhause dem Kaiser dieses Recht zugesprochen habe, so könne er sich höchstens versprochen haben.

Fortschrittlicher Antrag zum Waffengebrauch.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat nunmehr im Reichstage folgendes Gesetz beantragt:

„§ 1. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen nur auf Ersuchen der zuständigen Zivilbehörde verwendet werden. Die Fälle, in denen ein solches Ersuchen zulässig ist, und die Formen, in denen es zu erfolgen hat, bestimmt der Bundesrat. § 2. Unberührt bleibt das Recht der bewaffneten Macht, die Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit gegen Angriffe und Störungen zu schützen. § 3. In den Fällen der §§ 1 und 2 ist der Gebrauch der Waffen, abgesehen vom Falle der Notwehr, nur gestattet: 1. zur Abwehr eines Angriffs oder zur Ueberwältigung eines durch Tätlichkeit oder gefährliche Drohung geleisteten Widerstandes, 2. zur Erzwingung der Ablegung der Waffen oder andrer zum Angriff oder Widerstand geeigneter oder sonst gefährlicher Werkzeuge, 3. zum Schutze der ihrer Bewachung anvertrauten Personen oder Sachen, 4. zur Vereitlung der Flucht von Personen, welche ihr als Gefangene zur Bewachung anvertraut oder von ihr ergriffen oder festgenommen sind. § 4. Die Bestimmungen über den Belagerungszustand werden durch dieses Gesetz nicht berührt."

Gleichzeitig teilt die konservative Presse mit, die angekündigte Nachprüfung über den Waffengebrauch des Militärs werde innerhalb des preußischen Kriegsministeriums vorgenommen.

Eine Berufung auf Reuters Freisprechung.

Wie die „Germ." mitteilt, machte der Verteidiger in einem Prozeß wegen Jagdvergehens, der im Kreise Wiedenbrück verhandelt wurde, die Bemerkung, daß Freispruch erfolgen müsse, da dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlung gefehlt habe. Dieses Bewußtsein sei nach dem jüngsten Urteil in Straßburg zur Bestrafung erforderlich, und was dem Militär recht sei, das sei der Zivilbevölkerung billig. Das Schöffengericht verurteilte trotzdem den Angeklagten zu 5 Mk. Geldstrafe. — Dieser Fall dürfte nicht vereinzelt bleiben.

Zivilklage gegen Reuter.

Wie ein Privattelegramm aus Zabern meldet, haben nunmehr 18 von Oberst Reuter in den Pandurenkeller eingesperrte Zivilpersonen die Zivilklage gegen den Oberst wegen gesundheitlicher Schädigung eingebracht und fordern auf Grund ärztlicher Gutachten angemessenen Schadenersatz.

Was der Preußenbund anrichtet.

Die Verhetzung der deutschen Stämme, diese Erbschaft der fremden Diplomatie früherer Jahrhunderte, ist von dem konservativen Preußenbund übernommen worden, und schon kommen aus den Kreisen der Regierung und der eigenen Parteigenossen im zweitgrößten Bundesstaat die Proteste gegen dieses frevelhafte Spiel. So erhebt die „Bayr. Staatsztg." Einspruch gegen die Behauptung des Generalleutnants von Kracht auf dem Preußentage, in der Schlacht bei Orleans 1870 hätten sich die Bayern zurückgezogen, während die Preußen flott angegriffen hätten. Das Hertling-Organ hebt mit Recht hervor, daß gerade bei Orleans die bayrische Armee sich unter den schwersten Verlusten heldenmütig geschlagen habe. In der Tat wies ja das 1. bayrische Korps während des ganzen Krieges eine Verlustziffer von 33 Prozent aus, die nur von zwei preußischen Korps, der Garde und den Brandenburgern, infolge der Kämpfe um Metz erreicht wurde. Vereinzelte Mißerfolge der Bayern bei Orleans sind durch die drei- bis vierfache Ueberlegenheit der Franzosen unter dem sehr fähigen General Aurelle de Paladine leicht zu erklären. Die „Bayr. Staatsztg." betont, die Freude an den gemeinsamen großen Erinnerungen, die Preußen und Bayern aus den Jahren 1870/71 verbänden, würde durch solche Entgleisungen eines einzelnen, mit denen die verschiedenen Truppenteile der verbündeten Armeen gegeneinander ausgespielt würden, nicht beeinträchtigt werden können; immerhin seien sie aufs lebhafteste zu bedauern. Die konservative Presse sucht natürlich die Aeußerung des Generals v. Wrochem zu beschönigen; aber wie wir erfahren, wird sie auch im preußischen Kriegsministerium und überhaupt bei den Berliner amtlichen Stellen peinlich empfunden und mit Entrüstung zurückgewiesen. Das führende bayrische Zentrumsblatt, der „Bayr. Kour.", verlangt sogar eine Abfertigung des Preußenbundes durch die „Nordd. Allg. Ztg." und gibt den Angriff auf das bayrische Heer zurück:

„Wir haben die Feldzugserinnerungen von Generalleutnant Freiherrn v. Gerinhoff gelesen, nebenbei bemerkt, eine der besten, die uns je unter die Hand gekommen sind. Da erzählt der Verfasser unter lächelndem Schmerz von der durch das deutsche Generalstabswerk bestätigten völligen Panik auf preußischer Seite während der Schlacht bei Gravelotte. Hat der preußische General kein Empfinden für die kränkende Art seiner Reminiszenzen und ist er sich nicht bewußt, daß durch derartige Dinge die vielbeklagte Kluft zwischen Norden und Süden sich niemals schließen konnte? Der gestrige Preußentag ist ein schwarzer Tag in der politischen Geschichte Deutschlands."

Solche Gegenangriffe eröffnen erbauliche Aussichten auf eine geschichtliche Polemik, die nicht von wissenschaftlichen Beweggründen, sondern von verfälschender partikularistischer Eifersucht getragen wird, und an der dem Preußenbund die erste Schuld zukommt. Das gegnerische Ausland aber wird an dem Werk dieser Patrioten seine hämische Freude haben, und in Bayern wird ultramontane Reichsverdrossenheit neuen Nährboden finden.

Wie ferner aus München berichtet wird, hat der freikonservative bayrische Führer Freiherr v. Pechmann Einspruch erhoben, daß aus einem von ihm an den Preußenbund gerichteten Briefe der Satz, aus seinem Zusammenhang gerissen, auf dem Preußentage wiedergegeben wurde: „Ich bin Preuße, nicht durch die Geburt, aber längst durch die freie Wahl meines Herzens." Er habe vielmehr dies aus dem Buche eines andern zitiert, sich es aber nie zu eigen zu machen vermocht, sondern hänge mit allen Fasern seines Herzens an seiner engeren Heimat. Selbst die rechtsstehende „Tägl. Rundsch." bemerkt dazu: „Glaubt man wirklich, mit solchen Mittelchen dem preußischen Geiste Sympathien erringen zu können?"

* *

Der gestrichene Gedenktag.

Es ist charakteristisch für die im Preußenbunde herrschenden Anschauungen, daß die „Kreuzzeitung" von einem Redner gelobt wurde, weil sie den 18. Januar 1871 aus ihrem täglichen Erinnerungskalendarium diesmal weggelassen hatte. Bezeichnend ist auch die Rechtfertigung des konservativen Parteiorgans. Wegen Raummangels (!) habe man das Kalendarium kürzen und dabei zwischen dem 18. Januar 1701 (Krönung des ersten Preußenkönigs) und dem 18. Januar 1871 wählen müssen. Der 18. Januar 1871 sei aber doch nur sehr bedingt als Geburtstag des Deutschen Reiches zu bezeichnen; eher käme dafür das Datum des Abschlusses der Novemberverträge und der Annahme der Reichsverfassung in Betracht. Diese doktrinären Entschuldigungen täuschen nicht darüber hinweg, wieviel den preußischen Konservativen ihr preußischer Partikularismus sogar in rein äußeren Dingen gilt und wie sie in dieser Gesinnung auf das demokratisch verseuchte Reich und seine Einigung pfeifen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die liberale Einigung in der Oberlausitz. In Besprechungen, die zwischen sächsischen Nationalliberalen und Fortschrittlern unter Teilnahme der Abgg. Zöphel und Brodauf in Zittau abgehalten wurden, ist es gelungen, ein Abkommen für die nächsten Landtagswahlen in den Oberlausitzer Kreisen zustande zu bringen. Danach werden die Nationalliberalen im 1. (bisher soz.) und 4. (bisher kons.) ländlichen Kreise die fortschrittlichen Kandidaten unterstützen und dafür im 2. und 3. (bisher kons.) Kreise von der Fortschrittspartei unterstützt werden. Für den 2. Kreis (Großschönau-Ebersbach) wird die Einigung schon bei der Ersatzwahl für den Abg. Riem am 23. Februar in Wirksamkeit treten, für die gemeinsamer liberaler Kandidat der von den Nationalliberalen aufgestellte Fabrikbesitzer Rückert (Großschönau) ist. Wie wir ferner erfahren, sind die Nachrichten anderer Blätter unrichtig, daß in Zittau auch über die städtischen Kreise Bautzen und Zittau verhandelt worden ist. Es galt vielmehr als von vornherein selbstverständliche Voraussetzung, daß in Bautzen der nationalliberale Abg. Hartmann, wie dies bereits bei den Reichstagswahlen 1912 festgesetzt wurde, in Zittau der fortschrittliche Abg. Schwager als gemeinsame liberale Kandidaten wieder auftreten werden.

Die Unklarheiten der Wehrbeitragsbestimmungen, die bereits neun Millionen Anfragen (?) bei den Einschätzungsämtern zur Folge gehabt haben sollen, veranlassen die „N. A. Z.", eine Spezialfrage, die Veranlagung der Grundstücke, zu erörtern. Es wird namentlich festgestellt, daß nach den Beschlüssen des Bundesrats eine getrennte Veranlagung für Wehrbeitrag und Besitzsteuer unzulässig ist. — Wie die Korrespondenz „Heer und Politik" mitteilt, dürften die fünf größten Wehrbeiträge die Höhe von 20 Millionen erreichen, und zwar würden 5 Millionen auf Frau Krupp, 4 auf den Fürsten Donnersmarck und den Herzog v. Ujest entfallen.

Anträge im Reichstag. Der Vorschlag des Abg. Bassermann, eine besondere Reichstagskommission für Handel und Gewerbe zu bilden, hat sich nunmehr zu einem nationalliberalen Antrag verdichtet, der im Reichstag eingebracht wurde. Dem erneut eingebrachten Antrage derselben Fraktion auf Ausdehnung der freien Fahrt der Abgeordneten für die ganze Sessionsperiode dürfte der Bundesrat nicht entsprechen. — Die vom Abg. Gr… gestern im Reichstag angekündigte Resolution gegen Mißbrauch des Koalitionsrechtes und für ein Verbot des Streikpostenstehens ist bereits eingebracht worden. — Auf eine Anfrage des Abg. Behrens hat der Reichskanzler erwidert, daß es nicht beabsichtigt sei, die öffentlichen Versicherungsanstalten dem Aufsichtsamt für Privatversicherung zu unterstellen, da dies einen Eingriff in die Zuständigkeit der Landesbehörden bedeuten würde. Zugleich spricht der Reichskanzler sein Bedauern über die nicht zu billigenden Mittel im Konkurrenzkampf zwischen öffentlichen und privaten Versicherungen aus.

Aus der Beamtenbewegung. Wie die „Allg. Volksztg." mitteilt, hat der engere Vorstand des Verbandes Deutscher Beamtenvereine, dem nahezu 300 000 Mitglieder angeschlossen sind, einen Ausschuß eingesetzt, um eine allgemeine Krankenversicherung sämtlicher Beamten der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung durchzuführen. — Aus München wird uns berichtet: Die bayrischen Staatsbeamten haben sich zu einer gemeinsamen Organisation zusammengeschlossen und begründen dies mit dem Drang nach Massenbildung und den Ansprüchen, die der Staat an die Beamten stellt. Die neue Massenorganisation, die erste größere der staatlichen Beamten in Deutschland, hat bereits in einem Programm die Forderungen einer Erhöhung der Gehälter, Gewährung von Beförderungszulagen und Schaffung von Beamtenausschüssen bei den Regierungen aufgestellt.

Im preußischen Abgeordnetenhause erörterte gestern Minister v. Schorlemer Deutschlands landwirtschaftliche Lage. Er bedauerte den Tiefstand der Zuckerpreise, den Rückgang der Getreidepreise und die Schwierigkeiten in der Beschaffung österreichischer und russischer Wanderarbeiter, denen man durch vermehrte innere Kolonisation und Arbeiteransiedlung begegnen müsse. Die Zahl der Rinder in Preußen habe um 3,3 Proz., die der Schweine um 2½ Millionen gegen das Vorjahr zugenommen. Die Fleischpreise seien im Dezember sehr erheblich gesunken; die russischen Schweine, deren Kontingent nicht mehr voll benutzt werde und herabgesetzt werden solle, seien jetzt teurer als die deutschen. Die Einfuhr russischen Fleisches, zu deren Verlängerung über den 1. April hinaus kein Anlaß vorliege, werde nur noch von der Stadt Berlin vorgenommen. Langfristige Lieferungsverträge mit größeren Gemeinden seien trotz des Bemühens der Verwaltung nicht zustande gekommen.

Wirtschaftspolitische Tagungen. Der nordbayrische Landesverband des Hansabundes in Nürnberg nahm Vorträge über verstärkten gewerblichen Einfluß im Reichstage und gegen das sogenannte Kartell der schaffenden Stände entgegen und forderte in einer Resolution eine Reform der Reichsratskammer. — Der preußische Handwerks- und Gewerbekammertag in Berlin wandte sich in mehreren Beschlüssen gegen die gewerbliche Konkurrenz der Kommunen, besonders im Installationsgewerbe und der Gefängnisarbeit. Das freie Handwerk solle, so wurde weiter gefordert, mehr bei militärischen Lieferungen berücksichtigt werden.

Kleine Nachrichten. Zwischen dem Staatssekretär v. Tirpitz und dem englischen Flottenminister wurden aus Anlaß des Unterganges von „A 7" herzliche Telegramme gewechselt. — Der Ausschuß für Lokomotiven der preußisch-hessischen Staatsbahnen hält eine Sitzung vom 11. bis 18. Februar in Berlin ab, zu der die Generaldirektionen der sächsischen, württembergischen und badischen Staatsbahnen sowie die oldenburgische Eisenbahndirektion eingeladen wurden. — Die kürzlich angestellte Reichsstatistik über die Mühlen hat ergeben, daß es im Erntejahre 1909/10 [illegible] Mühlen gab, davon 22000 Hauptbetriebe, [illegible] Wind- und Wassermühlen, 53 Prozent Kleinmühlen, 39 Prozent Mittelmühlen und 16 Prozent Großmühlen.

…einzelne große Trümmer, aber anderseits auch winzige Stäubchen. Der Anblick eines Meteoritenfalles ist nach der Schilderung von Augenzeugen ebenso interessant wie erschreckend. Der Meteor erscheint plötzlich als eine gewaltige Feuerkugel von blaugrünem Glanz am Horizont und bewegt sich langsam gegen den Beschauer zu, um dann auf einmal still zu stehen und mit gewaltigem Krachen und Knattern in einem funkensprühenden Feuerwerk zu explodieren und zu erlöschen.

Kleines Feuilleton.

= **Programm für Mittwoch.** Kgl. Oper: „Die Hugenotten", 7. — Kgl. Schauspiel: „Die armseligen Besenbinder", 8. — Alberttheater: „Böser Buben Besserung oder Max und Moritz und der gute Nikolaus", ½4. „Hinter Mauern", 8. — Residenztheater: „Rübezahl", ½4. „Wie einst im Mai", 8. — Zentraltheater: „Jung Habenichts und das Silberprinzeßchen", ½4. „Die Kino-Königin", 8. — Palmengarten: Evelyn Starr (Violine), ½8.

= **Mitteilung aus dem Bureau der Kgl. Hoftheater.** Freitag den 23. Januar geht im Kgl. Schauspielhaus Tolstois Drama „Der lebende Leichnam" auf allerhöchsten Befehl in Szene. Die Vorstellung beginnt ½8 Uhr.

= **Mitteilung aus der Kanzlei des Alberttheaters.** Freitag den 23. Januar abends 8 Uhr kommt Arthur Schnitzlers „Anatol" zur Erstaufführung. Die Dialogreihe „Anatol" erschien als Schnitzlers erstes Buch 1893 mit einem Gedicht als Vorwort, das von „Loris" stammte, wie sich damals Hugo v. Hofmannsthal nannte. Als ein Klang aus der Jugendzeit der modernen Wiener Dichtung berührt uns heute der Reigen von Liebesszenen, in dem der Dichter und Lebemann Anatol als „leichtsinniger Melancholiker", im Innern tief berührt und doch ohne das Bedürfnis der Treue, durch eine Schar von Mädchen und Frauen geht. An die sieben graziösen Dialognovellen des Schnitzlerschen Erstlingswerkes haben sich die Bühnen nur zögernd herangewagt; 1906 führte das Theater der Literarischen Gesellschaft zu Leipzig unter Regie von Carl Heine das „Abschiedssouper" und den „Hochzeitsmorgen" auf, die danach öfter mit gutem Erfolge auf deutschen Bühnen erschienen sind. Das Alberttheater unternimmt für Dresden zuerst, fünf der heiteren, die Stimmung des Wiener Lebens atmenden Stücke dieses Liebesreigens, nämlich: „Die Frage an das Schicksal", „Weihnachtseinkäufe", „Episode", „Abschiedssouper" und „Anatols Hochzeitsmorgen", zusammenhängend szenisch darzustellen.

= **Hedwig Zeiß-Gaony** veranstaltet im Auftrage des Dresdner Goethebundes nächsten Sonntag den 25. Januar abends 8 Uhr im Künstlerhaussaale einen Karl-Hauptmann-Abend, der den Erzähler und Lyriker Karl Hauptmann weiteren kunstfreundlichen Kreisen Dresdens näherbringen soll. Das Programm umfaßt Novellen, Skizzen, einzelne Abschnitte, hauptsächlich aus den „Miniaturen", „Hütten am Hange" und dem Roman „Mathilde". Außerdem wird eine Uebersicht der Lyrik „Aus meinem Tagebuch" gegeben werden. Eintrittspreis (mit Programm) 20 Pf.; vorbehaltene und numerierte Plätze 1 Mk. im Bureau des Dresdner Goethebundes, Lüttichaustraße 14.

= **Doppelkonzert.** Der musikalischen Jugend von heute sitzt ein wahrer Rauschteufel im Nacken. Der Ehrgeiz, möglichst früh zu den „Angelangten" zu zählen, den Puppenstand einer wohltätig stillen, aber beharrlichen Entfaltung ihrer Kräfte und Anlagen (bis zu völliger, natürlicher Reife) vorzeitig zu durchbrechen und etwas vorzustellen, was sie noch nicht sein können. In Erzsilia Rosca und Selma Honigberger lernte man an einem Abend zwei von dieser Art auf einmal kennen. Hochbegabte Mädchen, die aber ihre Kräfte überschätzen und Oeffentlichkeit wie Kritik viel zu voreilig herausfordern. Die Pianistin Honigberger ist immerhin die Reifere von den beiden, sie hat viel Innerlichkeit und eine respektable technische Fertigkeit; aber von dieser und jener sicher noch auf zwei, drei Jahre hinaus nicht genügend, um die h-moll-Sonate Liszts darstellen zu können . . . Trotzdem Details — besonders des Anschlags — überraschend gelangen, blieb das Ganze natürlich ohne Zug und Stil, ohne einheitliche, überlegene Denkempfindung und, entscheidenden polyphonen wie rhythmischen und dynamischen Anforderungen gegenüber, versagte einfach noch die rein physische Muskelkraft der Arme. Warum, kaum flügge, gleich auf alle Wipfel? Erzsilia Rosca aber, das schwarzlockige Rumänenkind, gehört überhaupt noch nicht in den Konzertsaal. Es ist ja rührend, welchen reinen, sonoren Celloton dieses Backfischchen mit seinen zarten Aermchen und Fingerchen hervorbringt und wie klar und echt musikalisch es dabei empfindet. Aber solange einem das piano noch nicht gehorcht, ganz einfach, weil die Aufsetzhand ihm noch keinen Körper geben kann, bleibt man mit dem schönen Instrument zu Hause. Erzsilia Rosca hat noch so viel Zeit vor sich! Und zweifellos eine tüchtige, schöne Zukunft, wenn sie sich sie nicht mit diesen vorzeitigen Produktionen noch verscherzt . . . a. p.

= **Die moderne Kammerkunst,** die Marya Delvard und Marc Henry in ihren Liedern am Klavier, Duetten zur Laute, ihren Rezitationen bringen, stellt sich als die edelste Form des Kabaretts dar. Die Fähigkeit, eine Unterhaltung ernst, ein Vergnügen tief zu gestalten, ist so selten wie der Anspruch darauf. Diese beiden Künstler besitzen sie in unvergleichlicher Weise. Und ihre innere Disziplin ermöglicht es ihnen, ihren künstlerischen Gestaltungen den Reiz der Improvisation zu geben. Darum ist in ihren Darbietungen der kaum faßbare Duft einer köstlichen Essenz; die stärkste Wirkung ist mit den feinsten und leisesten Mitteln erreicht. Man muß es erlebt haben, wie Marc Henry mit seinen Scherben einer Stimme etwa das bretonische Wiegenlied mit seinem erschütternden: „Car c'est pour le mer que nous enfantons" singt oder wie er das Apachenlied „A Batignolles", das Aufgehren des Straßenliedes „Sur l'pavé" gestaltet (beides Werke von Aristide Bruant). Und die Delvard mit ihrem Temperament, ihren frühen wie ihren komischen Gesten als Peter Altenberg-Rezitatorin! Welche Szene von der Pariser Atmosphäre machen sie aus den kleinen Melodien der Straßenverkäufer, den „Cris de Paris"! Und ob sie im französischen Biedermeier der dreißiger Jahre das „Partant pour la Syrie" der Königin Hortense bringen oder ihre lustigen Lieder zur Laute, immer bestimmt der innere Takt sowohl die Wahl ihrer Aufgabe wie die reiche Ausdruckskraft ihrer Gestaltung. Ihr Ruhm, der heute so groß ist wie er es gestern war, wird morgen noch blühen. Das bewies auch der Erfolg dieses Abends. Die Literarische Gesellschaft, bei der die Künstler zu Gast waren, wollte sie nicht von sich lassen und forderte Zugabe um Zugabe. ag.

= **Drittes populäres Künstlerkonzert.** Was das Programm von Frédéric Lamond begehrte, entstammte zum großen Teile nicht dem ureigensten Gebiete dieses außergewöhnlichen Künstlers. Bei dem gemessen humorvollen Scherzo aus Op. 31 von Beethoven, einem Militärmarsch von Schubert-Tausig, der Etüde in Des, einer Tarantella Liszts und dem heiteren Chopin-Walzer in Ges gibt es keine absonderlich tiefen Gefühlsabgründe zu durchdringen. Einzig Chopins B-Moll-Sonate mit dem weltbekannten Trauermarsch bot dem Klavierpoeten Gelegenheit zur reicheren Entfaltung seiner individuellen Qualitäten. Wir hätten ihn statt bei den genannten kleinen Sachen gern mit einer Beethoven-Sonate auf dem Gipfel seines Könnens verweilen sehen; denn es kann auch für die Besucher der Residenzkaufhaus-Konzerte nichts Köstlicheres geben, als von einem dazu ganz besonders Berufenen in die höchsten Heiligtümer der Musik eingeführt zu werden. Karl Perron leistet noch wie vor in Verinnerlichung seiner Vorträge Bedeutendes und ist dadurch ein jederzeit beifällig begrüßter Gast auf dem Podium. Er erzielte mit Wolf- und Schumann-Liedern, namentlich aber mit dem Loeweschen „Archibald Douglas" tiefe Eindrücke. Die Willkürlichkeiten, die dem Sänger, seinem dramatischen Impuls gehorchend, unterlaufen, machen es dem Begleiter nicht leicht; doch Karl Pembaur zeigte sich in jeder Hinsicht sattelfest. An Stelle der erkrankten Elsa Tarsen sang Marie Schaff vier Lieder von Schillings und Brahms. Sie hatte neben den Koryphäen der Deklamation einen schweren Stand, auch war ihr Vortrag künstlerisch unfrei und abhängig vom Notenblatte, was möglicherweise auf Rechnung des schnellen Einspringens zu setzen ist. gl.

= **Die Alberttheater-Affäre.** Der Gesamtvorstand des Vereins Dresdner Presse, Berufsschriftsteller, hielt Montag mittag im Viktoriahaus eine Sitzung ab, die sich mit den bekannten Aeußerungen des Rechtsanwalts Dr. Portius über die Bestechlichkeit der Dresdner Presse beschäftigte, und faßte folgenden Beschluß: „Der Verein Dresdner Presse, Berufsschriftsteller, erblickt in den Aeußerungen des Rechtsanwalts Dr. Portius über die Presse in der Versammlung der Aktionäre des Alberttheaters am 12. Januar eine Beleidigung auch seiner Mitglieder und schließt sich der Erklärung der drei großen Zeitungen Dresdens und ihrem Strafantrag an."

= **Die Gewerbehauskapelle** unter Kapellmeister Olsens Leitung ist auf die Dauer der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig vom 9. Mai bis 9. Oktober 1914 als offizielles Ausstellungsorchester verpflichtet worden.

= **Berliner Mozartfest.** Von unserm Berliner St.-Mitarbeiter wird uns berichtet: Zwischen Festen, Konzerten und Erstaufführungen sorglich gebettet und beschirmt vom Protektorat eines preußischen Prinzen, begann am Sonntag ein Mozartfest in der „Philharmonie". Es findet zum Besten einer Stiftung für das Mozarteum statt, deren Charakter nicht näher bezeichnet wird. Es ist daher nicht zu verübeln, wenn man daran denkt, wie viele hundert Künstler in Deutschland hungern und daß dem [illegible] sicher unsterblichen Mozart mit so einem [illegible] nicht viel gedient wird; denn wenn er heute lebte, würde man ihm nicht helfen, und ihn höchstens zur Mitwirkung für eine Stiftung für [illegible] Palestrineum heranziehen. Wie dem nun immer …

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19140121/2